

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**Energiezugang ist ein Grundrecht – Stromsperrern gesetzlich untersagen – die
Energiewende sozial gestalten**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Neufassung von Punkt 3:

Mit dem örtlichen Grundversorger Verabredungen zu treffen, die dazu führen, dass
das Jobcenter vor jeder bevorstehenden Stromabschaltung informiert wird.

Peter Erlanson, Claudia Bernhard,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE